

---

## Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke auf Annahme einer EntschlieÙung

zum Antrag auf Einleitung des Volksbegehrens gemäß Artikel 62 Abs. 3, 63 der Verfassung von Berlin – Drucksache 19/2618

### **„Berlin werbefrei“ (Werberegulierungsgesetz)**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus würdigt das Engagement des Volksbegehrens „Berlin werbefrei“ (Werberegulierungsgesetz) und dankt den Initiator\*innen und allen Unterzeichner\*innen. Das Abgeordnetenhaus begrüÙt und unterstützt das Anliegen des Volksbegehrens, Werbung im öffentlichen Raum in Berlin stärker zu regulieren. Wie wichtig ein Gesetzesvorhaben in diesem Sinne ist, haben die Beratungen in den Fachausschüssen gezeigt. Es ist gut, dass nun der nächste Schritt hin zu einem Volksentscheid gemacht werden kann.

Mit einem Werberegulierungsgesetz soll negativen Auswirkungen der zunehmenden Dominanz von Werbung im Stadtbild begegnet werden. Insbesondere sollen digitale Werbeanlagen, kommerzielle Werbeanlagen in öffentlichen Einrichtungen, Werbeanlagen an Baugerüsten, Werbeanlagen, die den Ausblick auf begrünte Flächen verdecken oder die Gestaltung und die architektonische Gliederung baulicher Anlagen stören, sowie Werbeanlagen, die die Sicherheit des Verkehrs gefährden oder zu einer bedeutenden Lichtverschmutzung beitragen, unter Berücksichtigung finanzpolitischer Auswirkungen stärker reguliert werden.

### ***Begründung***

Außenwerbung ist ein allgegenwärtiger Bestandteil des öffentlichen Stadtraums. Sie begegnet uns an Bushaltestellen, Hausfassaden, Litfaßsäulen und auf digitalen Bildschirmen. Ihre Wirkung beschränkt sich dabei nicht auf einzelne Orte, sondern beeinflusst unser Stadtbild, unser Konsumverhalten sowie unsere Wahrnehmung des öffentlichen Raums insgesamt.

Gerade weil Werbung auf jede\*n von uns wirkt, ob alt oder jung, braucht ihr Einsatz klare und verbindliche Regeln.

Die Initiative „Berlin Werbefrei“ zielt darauf ab, den zunehmenden Einfluss kommerzieller Werbung im öffentlichen Raum zu begrenzen. Das öffentliche Stadtbild sollte mehr sein als eine Werbefläche: Es ist ein Raum der Begegnung, des sozialen Lebens und kulturellen Austauschs.

Bei der Debatte um Außenwerbung geht es um eine Grundsatzfrage: Wem gehört der öffentliche Raum und nach welchen Interessen wird er gestaltet? Mit der Begrenzung und Regulierung von Werbung im öffentlichen Raum können wir einen wichtigen Beitrag zu einem respektvollen, nachhaltigen und gemeinwohlorientierten Umgang mit diesem Raum leisten. Dies ist nicht nur eine ästhetische Frage, sondern auch eine soziale: Der öffentliche Raum wird wieder stärker als gemeinschaftlicher Raum wahrgenommen, weniger als Werbeträger.

Hinzu kommen weitere wichtige Aspekte und Fragestellungen, die für eine Regulierung sprechen. So verbrauchen z. B. insbesondere digitale Werbetafeln sehr viel Energie und tragen zur zunehmenden Lichtverschmutzung bei. Einzelne kleine digitale Werbeanlagen haben einen jährlichen Stromverbrauch, der dem von mehreren Haushalten entspricht. Dieser Verbrauch steht im Widerspruch zu den Klimaschutzzielen Berlins. Ein konsequentes Regulieren oder Verbot solcher Anlagen kann helfen, Energie einzusparen und negative Folgen von künstlichem Licht auf Tiere und Umwelt zu verringern. Außerdem ziehen Werbeanlagen im öffentlichen Raum je nach Standort auch die Aufmerksamkeit von Verkehrsteilnehmer\*innen auf sich. Besonders digitale Anlagen mit wechselnden Inhalten sind visuell dominant. Eine Begrenzung der Anzahl solcher Anlagen oder das Verbot bestimmter Formate führt zu weniger Ablenkung und schafft mehr Sicherheit im Straßenverkehr. Hinzu kommen personelle Entlastung in den Bezirksämtern, die u. a. für Anfragen und Genehmigungen für großformatige Werbungen zuständig sind. Das dafür erforderliche Personal kann an anderer Stelle eingesetzt werden, z. B. zur Beschleunigung der Bearbeitung anderer Bauantragsverfahren oder der Kompensation altersbedingter Abgänge. Wir haben die Pflicht, den öffentlichen Raum im Interesse der Allgemeinheit zu gestalten – und nicht primär als Einnahmequelle durch Werbung zu betrachten. Wir setzen uns dafür ein, dass Berlin weniger von Werbung dominiert wird und wieder mehr Raum für Menschen, Kultur, Begegnung und Nachhaltigkeit entsteht.

Berlin, den 3. Dezember 2025

Jarasch      Graf      Schwarze  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen

Helm Schulze Schenker  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Die Linke